

PRESSEMITTEILUNG – 28. März 2018

„Gezielte Verbreitung von Halb- und Unwahrheiten“

Gemeinschaftsregierung bedauert neue Kommunikationsstrategie der CSP

Mit Befremden reagiert die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf die neue Kommunikationsstrategie der Christlich-Sozialen-Partei (CSP), die offenkundig darin besteht, über die Presse und Sozialmedien gezielt Halb- und Unwahrheiten zu verbreiten und sich dabei ungeniert „mit fremden Federn“ zu schmücken. Beispielhaft macht die Regierung dies unter anderem an den jüngsten Verlautbarungen der CSP zu den Themen Gesundheitsversorgung, Internetabdeckung und Wohnungsbau fest.

- So hat die CSP in einer Pressemitteilung den Ministerpräsidenten als „**Oberbürgermeister**“ bezeichnet, der den Gemeinden vorschreibe, was sie zu entscheiden hätten. Im Gegensatz zu dieser Behauptung pflegen der Ministerpräsident und jedes andere Mitglied der Regierung einen sehr partnerschaftlichen Dialog mit allen Gemeinden und legen größten Wert auf deren Autonomie. Dies werden die Gemeindeverantwortlichen mit Sicherheit bestätigen können.
- Ferner stellte die CSP die Behauptung auf, es sei dem EU-Abgeordneten Pascal Arimont zu verdanken, dass sich die **Internetverbindung im Büllinger Gewerbegebiet Morsheck** verbessert hätte. Proximus selbst hat bereits – auch gegenüber der Presse – klargestellt, dass dem nicht so ist. Vielmehr ist die Verbesserung der Situation auf jahrelange Bemühungen der Regierung zurückzuführen, wie Proximus ausdrücklich erklärte.
- Die CSP behauptet des Weiteren, die Gemeinschaftsregierung habe es unterlassen, bei der zuständigen Föderalregierung gegen die **Aufkündigung des IZOM-Abkommens** zu protestieren. Fakt ist indes, dass sowohl unsere Regierung als auch die Föderalabgeordnete Katrin Jadin in Brüssel vehement gegen den Wegfall des Abkommens protestiert haben und es nur diesem nachdrücklichen Vorgehen zu verdanken ist, dass es überhaupt zu einer Nachfolgeregelung („Ostbelgien-Regelung“) kam.

- In weiteren Stellungnahmen stellt die CSP in den Raum, dass die Paasch-Regierung nicht an einer **ZOAST-Zone zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung** gearbeitet habe. Fakt ist, dass die Gemeinschaftsregierung schon seit geraumer Zeit am Zustandekommen solcher Zonen arbeitet. Und dies sowohl im Süden (mit Rheinland-Pfalz) als auch im Norden (mit Nordrhein-Westfalen) der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Dazu wurden in der Vergangenheit zahlreiche Gespräche (unter anderem mit den jeweiligen Ministerpräsidenten, mit Krankenkassen-Verbänden, mit Kliniken, mit dem belgischen LIKIV und der Föderalregierung) geführt. Die Regierung hält es weiterhin für notwendig, die bestehende „Ostbelgien-Regelung“ zu verbessern. Das ZOAST-Modell („Zone Organisée d’Accès Aux Soins Transfrontaliers“) könnte ein wesentlicher Schritt in diese Richtung sein, wie auch NRW-Ministerpräsident Armin Laschet bei seinem Besuch in Ostbelgien am Montag dieser Woche erklärte. Im selben Zusammenhang muss auch die Behauptung der CSP-Abgeordneten Patricia Creutz, wonach es für den Süden unserer Gemeinschaft bereits ein ZOAST-Abkommen mit Rheinland-Pfalz gebe, als falsch zurückgewiesen werden.

Weitere Auskünfte erteilt:

Serge Heinen

Pressesprecher / Berater

Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Kabinett Ministerpräsident Oliver Paasch

Klötzerbahn 32, B-4700 Eupen

Tel.: +32-87-789 616, Mail: serge.heinen@dgov.be